



Aufenthaltserlaubnis für in Deutschland geborenen Türken nach mehrmonatiger Abwesenheit

Bayerischer VGH Beschluss vom 15.10.2009 – 19 CS 09.2194 – InfAusIR 1/2010/7

Franz Hoß

Sachverhalt: Ein türkischer Assoziationsberechtigter (2. Generation, assoziationsberechtigt nach Art. 7 ARB 1/80, 1984 in der BRD geboren) hat seinen Wehrdienst in der Türkei abgeleistet und sich anschließend dort noch sieben Monate aufgehalten, ehe er wieder in die BRD zurückgekehrt ist. Unter Berufung auf § 51 Abs. 1 Nr. 7 AufenthG (Abwesenheit von mehr als 6 Monaten) hat die Ausländerbehörde die Niederlassungserlaubnis, welche der Betroffene besaß, als erloschen bezeichnet.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hebt diese Entscheidung auf und macht in diesem Zusammenhang sehr grundlegende und so klare Ausführungen zur Bedeutung des Assoziationsratsbeschlusses ARB 1/80, wie man sie selten gelesen hat:

- Die Regelungen des deutschen Ausländerrechts sind für das eigenständige und Anwendungsvorrang genießende ARB-Aufenthaltsrecht ohne Belang, weswegen ein solches auch nicht durch (sinngemäße) Anwendung der Regeln zu § 51 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 erloschen sein kann.
- Ein Aufenthaltsrecht aus Art. 7 S. 1 ARB 1/80 erlischt nur dann, wenn es gemäß Art. 14 rechtmäßig aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit beschränkt wurde oder wenn der Rechtsinhaber das Gebiet des aufnehmenden EU-Staates für einen nicht unerheblichen Zeitraum und ohne berechtigte Gründe verlässt.
- Bei der richterlichen Ausformung der assoziationsrechtlichen Stellung und ihrer Verlustgründe wirken die für Unionsbürger geltenden Regeln als Orientierungsrahmen. Die Rechte von Unionsbürgern sind so weit wie möglich zu übertragen (inzwischen ständige Rechtsprechung, von EuGH und BVerwG).
- Das Aufenthaltsrecht aus Art. 7 S. 1 ARB 1/80 setzt – im Unterschied zu Art. 6 – nicht voraus, dass der Familienangehörige eine Beschäftigung im Lohn- und Gehaltsverhältnis ausübt oder auch nur anstrebt. Das selbstständig gewordene Assoziationsrecht des Familienangehörigen ist nicht von einer aktuellen Zugehörigkeit zum inländischen Arbeitsmarkt abhängig.

Mit diesen Grundaussagen kommt der Verwaltungsgerichtshof zur entsprechenden Anwendung der Unionsbürger-Richtlinie 2004/38 und stellt den türkischen Assoziationsberechtigten, der – wie hier – bereits eine Niederlassungserlaubnis besaß, dem Daueraufenthaltsberechtigten im Sinne von Art. 16 Abs. 4 der Richtlinie gleich. Danach geht das Daueraufenthaltsrecht erst bei einer Abwesenheit von mehr als 2 Jahren verloren.

Die Entscheidung zeigt wieder einmal die starke ausländerrechtliche Stellung türkischer Assoziationsberechtigter auf. Bei dem viel diskutierten Beitritt der Türkei zur EU übersieht man leicht, dass im ausländerrechtlichen Bereich assoziationsberechtigte Türken bereits heute in vielfacher Weise die Statusvorteile eines EU-Bürgers annähernd genießen können.

In die gleiche Richtung geht eine ebenfalls in InfAusIR 1/2010/3 veröffentlichte Entscheidung des Bundesverwaltungsgericht (Urteil vom 2.9.2009 – 1 C 2.09), wo es um die Ausweisung eines türkischen Assoziationsberechtigten geht und das Bundesverwaltungsgericht die Rechtmäßigkeit dieser Ausweisung allein an der Ermessensvorschrift des Art. 14 Abs. 1 ARB 1/80 misst. Die §§ 53 – 55 ff. AufenthG seien nicht anwendbar. Die Ausländerbehörde dürfe sich in ihrer Abwägung nach Art. 14 ARB 1/80 lediglich an den in diesen Vorschriften enthaltenen Ausweisungsgründen als – weder abschließenden noch zwingenden – Wertungen des Gesetzgebers orientieren.